

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST,
DANN LIEBER MIT DER POST.



JAHRESABSCHLUSS 2013

ÖSTERREICHISCHE POST AG

EINZELABSCHLUSS NACH ÖSTERREICHISCHEM UGB



ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2013	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2013	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013	4



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

Aktiva	31.12.2012 TEUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	14.195	17.815.244,47
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	222.412	214.947.232,06
2. technische Anlagen und Maschinen	37.256	39.002.666,22
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.392	107.795.252,94
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	10.128	29.338.831,27
	375.188	391.083.982,49
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	488.136	556.415.655,50
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	42.519	41.829.195,05
3. Beteiligungen	642	6.741.529,90
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	54.414	78.720.960,48
	585.711	683.707.340,93
	975.093	1.092.606.567,89
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	5.154	4.658.945,88
2. Waren	10.138	11.256.221,51
	15.292	15.915.167,39
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173.409	167.738.729,03
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	81.156	69.832.146,43
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	144	894.386,61
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	23.118	21.314.405,27
	277.826	259.779.667,34
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	293.175	213.446.007,50
	586.294	489.140.842,23
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35.879	28.896.795,61
	1.597.266	1.610.644.205,73



Passiva	31.12.2012 TEUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190,00
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810,00
2. nicht gebundene	118.300	118.299.759,74
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000,00
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	15.000	15.000.000,00
IV. Bilanzgewinn,		
davon Gewinnvortrag: EUR 11.533.161,62; Vorjahr: TEUR 19.776	133.128	188.812.943,88
	651.428	707.112.703,62
B. Unversteuerte Rücklagen		
1. Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	15.746	15.378.637,51
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	83.688	85.423.000,00
2. Steuerrückstellungen	10.654	13.404.056,00
3. sonstige Rückstellungen	514.340	494.672.635,00
	608.682	593.499.691,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.751	6.750.036,58
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60	76.973,92
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.251	137.176.407,88
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	73.495	70.493.500,70
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.554	2.308.271,29
6. sonstige Verbindlichkeiten,	87.646	73.193.286,44
davon aus Steuern: EUR 25.511.505,64; Vorjahr: TEUR 26.219		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 20.639.870,91; Vorjahr: TEUR 19.740		
	315.756	289.998.476,81
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5.656	4.654.696,79
	1.597.266	1.610.644.205,73
Haftungsverhältnisse	93.378	87.657.291,81



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

	2012 TEUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	1.667.254	1.668.724.562,84
2. aktivierte Eigenleistungen	402	561.026,53
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	5.568	5.592.233,55
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	8.587	11.446.138,23
c) übrige	68.310	116.405.333,01
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-58.523	-60.109.220,45
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-248.294	-254.902.019,56
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-740.012	-719.882.598,17
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-31.577	-28.278.569,49
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-199	-168.100,02
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-205.845	-197.517.816,71
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-8.089	-8.023.482,11
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-60.922	-59.416.077,37
davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 UGB: EUR 0; Vorjahr: TEUR 2.132		
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-5.934	-5.911.837,46
b) übrige	-223.601	-222.925.047,89
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	167.126	245.594.524,93
9. Erträge aus Beteiligungen	31.394	27.124.790,22
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 26.198.457,61; Vorjahr: TEUR 31.394		
10. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	1.249	625.559,28
11. sonstige Zinsenerträge	7.957	3.805.245,60
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.709.878,79; Vorjahr: TEUR 3.250		
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	4.731	250,00
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0; Vorjahr: TEUR 4.148		
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-64.498	-59.371.645,42
davon Abschreibungen: EUR 51.599.530,29; Vorjahr: TEUR 64.381 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 59.369.755,42 Vorjahr: TEUR 35.981		
14. Zinsaufwendungen	-2.010	-2.205.563,98
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.227.454,23; Vorjahr: TEUR 1.370		
15. Zwischensumme aus Z 9 bis 14 (Finanzergebnis)	-21.177	-30.021.364,30
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	145.950	215.573.160,63
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-32.782	-38.660.576,66
18. Jahresüberschuss	113.167	176.912.583,97
19. Auflösung unverteilter Rücklagen	185	367.198,29
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	19.776	11.533.161,62
21. Bilanzgewinn	133.128	188.812.943,88



ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätzliche Ausführungen	7
2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	8
2.1 Allgemeine Angaben	8
2.2 Anlagevermögen	8
2.3 Umlaufvermögen	9
2.4 Rückstellungen	10
2.5 Verbindlichkeiten	11
2.6 Steuerliche Verhältnisse	12
3. Erläuterungen zur Bilanz	13
3.1 Anlagevermögen	13
3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16
3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16
3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	16
3.5 Eigenkapital	17
3.6 Unversteuerte Rücklagen	17
3.7 Rückstellungen	18
3.8 Verbindlichkeiten	19
3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	19
3.10 Sonstige Angaben	20
4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	22
4.1 Umsatzerlöse	22
4.2 Sonstige betriebliche Erträge	22
4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	22
4.4 Personalaufwand	22
4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung	23
4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	23
4.7 Erträge aus Beteiligungen	24
4.8 Aufwendungen aus Finanzanlagen	24
4.9 Steuern vom Einkommen	25
5. Risikomanagement	26
6. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	28
Bestätigungsvermerk	30



1. Grundsätzliche Ausführungen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Postbeförderung. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzdienstleistungen in Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet: Österreichische Post AG, Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien (FN 180219d) eingetragen.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs.1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.



2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	20-50	2-5
Grundstückseinrichtungen	10	10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Werkzeuge, Mess- und Prüfgeräte	5-8	12,5-20
Büromaschinen	5-8	12,5-20
EDV- Großrechner/Netzwerkkomponenten	5	20
EDV- Arbeitsplatzausstattung	3-4	25-33,3
Alarmanlagen	5	20
Büroeinrichtung und Schaltermöbel	12	8,33
Sozialeinrichtungen	8	12,5
Depotbriefkästen	10	10
Briefkästen	20	5
Fuhrpark	4-10	10-25



Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern sie unverzinslich sind, werden sie mit dem am Bilanzstichtag geltenden Zinssatz abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit¹ werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis 100%) vorgenommen.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen gegenüber Drittländern werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

¹ Die Umschlaghäufigkeit errechnet sich, indem man den durchschnittlichen Jahresverbrauch durch den durchschnittlichen Ist-Bestand dividiert.



2.4 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 60 bis maximal 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte und unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und schrittweiser Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Für Beamte wurde mangels Anspruch keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden zugrunde gelegt:

	2012	2013
Rechnungszinssatz	3,5%	3,5%
Gehaltssteigerung	3,5%	3,5%
Fluktuationsabschlag	gestaffelt 2-8%	gestaffelt 2-8%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2002 begonnen haben, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung der Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung unter Zugrundelegung der gleichen Parameter.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, im Umlauf befindliche Postwertzeichen und aufgelieferte, jedoch noch nicht zugestellte Brief- und Paketsendungen, Abteilungsverpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Rückstellungen für Unterauslastung werden für künftige Personalaufwendungen für Mitarbeiter gebildet, die unkündbar sind (vor allem Beamte) und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können.

Bei diesen Dienstverhältnissen handelt es sich um belastende Verträge, bei denen die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen.

Rückstellungen für Unterauslastung werden für Mitarbeiter gebildet, die dem Post-Arbeitsmarkt zugewiesen sind. Darüber hinaus werden Rückstellungen auch für Mitarbeiter gebildet, bei denen eine Zuweisung in den Post-Arbeitsmarkt beschlossen wurde, für die aber der unternehmensinterne Organisationsänderungsprozess zur Versetzung noch nicht endgültig abgeschlossen wurde bzw. aufgrund eines besonderen Versetzungsschutzes oder aufgrund von Krankheit derzeit nicht möglich ist.



Weiters wird für jene Mitarbeiter vorgesorgt, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden. Zusätzlich wurde für die Übernahme von Mitarbeitern der Österreichischen Post AG in verschiedene Bundesministerien, für die entsprechend der Vereinbarungen die Gehälter für eine bestimmte Dauer refundiert werden müssen, eine Vorsorge gebildet.

Für unkündbare Mitarbeiter, die an ein Logistikunternehmen verleast werden, für die die Österreichische Post AG laut Vertrag nur die kollektivvertragliche Entlohnung dieses Unternehmens vergütet erhält, wurde für den die Vergütung übersteigenden Lohnaufwand durch eine Rückstellung vorgesorgt. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Unterdeckung.

Die Rückstellungen werden unter Anwendung eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages ermittelt. Zusätzlich wird ein Abzinsungssatz von 3,5% (2012: 3,5%) und eine erwartete Gehaltssteigerung von 3,5% (2012: 3,5%) berücksichtigt. Die Parameter werden laufend evaluiert und an geänderte Verhältnisse entsprechend angepasst.

2.5 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Drittländern werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.



2.6 Steuerliche Verhältnisse

Umsatzsteuer

Umfang der Umsatzsteuerbefreiung

In der Europäischen Union stellen die Postdienste ein wesentliches Instrument für Kommunikation und Informationsaustausch dar und spielen eine grundlegende Rolle im Rahmen der Zielsetzungen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in der Union. Um diese Zielsetzung zu erreichen, werden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Universaldienst sicherzustellen, der ständig flächendeckend postalische Dienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen für alle Nutzer bietet.

Aus diesem Grund sind gemäß Artikel 132 der EU-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG) dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten (und somit auch von öffentlichen Posteinrichtungen ausgeführten Dienstleistungen) steuerfrei. Das Urteil des EuGH (C-357/07) konkretisiert den Begriff „*öffentliche Posteinrichtungen*“ und schränkt die Umsatzsteuerbefreiung auf Leistungen ein, die ein Betreiber von Universaldienstleistungen als solcher ausführt.

Durch die Verpflichtung, diese Regelungen in die nationale Rechtslage zu übernehmen, wurde im österreichischen Umsatzsteuergesetz mit Wirkung 1. Jänner 2011 festgeschrieben, dass nur mehr Universaldienstleistungen (v.a. Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) eines Universaldienstbetreibers umsatzsteuerfrei sind (§ 6 Abs 1 Z 10 lit b UStG). Vom Universaldienst ausdrücklich ausgenommen und daher auch von der o.g. Umsatzsteuerbefreiung sind jedoch Postsendungen, die bei Verteilzentren aufgeliefert werden. Dies gilt auch für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

Pro-rata-Satz

Der Leistungsumfang der Österreichischen Post AG umfasst Produkte und Dienstleistungen, die gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG) sowohl steuerfrei (v.a. Universaldienstleistungen sowie die Vermittlung von Bankdienstleistungen) als auch steuerpflichtig (restliche Produkte) behandelt werden. Können Aufwendungen nicht exakt einem Umsatz zugeordnet werden, so kommt beim Vorsteuerabzug der sogenannte Pro-rata-Satz zur Anwendung. Dieser stellt die Relation der steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen dar und betrug im Jahr 2013 48,7% (2012: 48,0%).

Steuern vom Einkommen

Die Österreichische Post AG als Gruppenträger bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichischen Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung des Gruppenträgers durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen. Positive Steuerumlagen sind Ausgleichszahlungen der Gruppenmitglieder an den Gruppenträger aufgrund der Überrechnung der positiven Ergebnisse. Negative Steuerumlagen sind als Ausgleich für die Überrechnung negativer Ergebnisse vom Gruppenträger an die Gruppenmitglieder zu leisten.



3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung sind im Anlagespiegel (Beilage A) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 77.490 (31.12.2012: TEUR 71.147) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen des Sachanlagevermögens vorgenommen (2012: TEUR 2.132). Das Finanzanlagevermögen wurde hingegen in Höhe von TEUR 51.600 (2012: TEUR 64.381) außerplanmäßig abgeschrieben:

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Beteiligung an der Post 201 Beteiligungs GmbH (vormals Post eins Beteiligungs GmbH) im Zusammenhang mit der trans-o-flex Gruppe Deutschland mit TEUR 33.769 (2012: TEUR 0) außerplanmäßig abgeschrieben. Darüber hinaus wurden die Beteiligung an der Post 105 Beteiligungs GmbH (vormals Post drei Beteiligungs GmbH) im Zusammenhang mit der MEILLERGHP GmbH, Deutschland mit TEUR 12.152 (2012: TEUR 13.382), die Beteiligung an der Post 101 Beteiligungs GmbH (vormals Post sechs Beteiligungs GmbH) ausschüttungsbedingt mit TEUR 5.272 (2012: TEUR 22.598) und die Post 103 Beteiligungs GmbH (Post sieben Beteiligungs GmbH) in Höhe von TEUR 407 (2012: TEUR 0) außerplanmäßig abgeschrieben.

Im Zuge des Einstiegs eines neuen Investors erfolgte im Geschäftsjahr 2012 eine Rekapitalisierung der Beteiligungsstruktur an der BAWAG P.S.K. Die damit verbundene Verwässerung des mittelbaren Anteils und eine Neueinschätzung des beizulegenden Werts an der BAWAG P.S.K führten daher im Vorjahr zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von TEUR 28.400.

Da die Emittenten der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente weiterhin ein gutes Bonitätsrating aufweisen und die Kursrückgänge nicht auf finanzielle Schwierigkeiten der Emittenten, sowie auf Verringerung zukünftiger Cashflows oder auf Ausfälle von Zins- und Tilgungszahlungen schließen lassen, ist eine dauerhafte Wertminderung nicht anzunehmen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs.2 zweiter Satz UGB unterbleiben daher. Der Buchwert der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 66.509 (31.12.2012: TEUR 42.202); der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 64.705 (31.12.2012: 39.666).



Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil	Eigenkapital	Jahres-
	zum 31.12.2013	zum 31.12.2013	ergebnis 2013
	%	TEUR	TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Austrian Post International Deutschland GmbH, Bonn***)****)	100	3.512	2.179
feibra GmbH, Wien**)	100	9.671	7.948
Medien.Zustell GmbH, Wien**)	100	4.629	4.034
PDG Post Dienstleistungs Gesellschaft mbH, Wien (vormals PMM Post.Maintain Mangement Objektverwaltungs- und -instandhaltungs GmbH, Wien)**)	100	12.947	-51
Post & Co Vermietungs OG, Wien****)	100	146.741	2.781
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien (vormals Post Paket Service GmbH)	100	31.652	644
Post 101 Beteiligungs GmbH, Wien (vormals Post sechs Beteiligungs GmbH)	100	6.024	-13
Post 103 Beteiligungs GmbH, Wien (vormals Post sieben Beteiligungs GmbH)	100	55.497	-407
Post 105 Beteiligungs GmbH, Wien (vormals Post drei Beteiligungs GmbH)	100	-2	-12.153
Post 201 Beteiligungs GmbH, Wien (vormals Post eins Beteiligungs GmbH)	100	108.817	-33.778
Post 203 Beteiligungs GmbH, Wien (vormals Post neun Beteiligungs GmbH)**)	100	57.677	2.592
Post 205 Beteiligungs GmbH, Wien	100	50.003	-4
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	1.328	30
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100	4.603	221
Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG, Wien****)	100	50.610	-199
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien**)	100	2.054	88
Anteile an assoziierten Unternehmen			
media.at GmbH, Wien*)	20,45	3.983	3.429
ADELHEID GmbH, Berlin***)	44,36	13.708	323
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	390	3

*) Jahresabschluss zum 30.06.2013

***) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

****) gemäß IFRS-Reportingpackage zum 31.12. 2013

*****) Österreichische Post AG als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt



Am 7. Juni 2013 wurde die PAG Projektentwicklung Allhaming GmbH um TEUR 830 erworben und zum 1. Juli auf die Österreichische Post AG verschmolzen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Online Post Austria GmbH rückwirkend mit 1. Jänner 2013 auf die Österreichische Post AG verschmolzen. Im Zuge dessen wurde die Beteiligung an der Online Post Austria GmbH mittels Sachdividende in Höhe von TEUR 5.272 von der Post 102 Beteiligungs GmbH an die Österreichische Post AG ausgeschüttet und die Beteiligung an Post 101 Beteiligungs GmbH im selben Ausmaß außerplanmäßig abgeschrieben (vgl. oben).

Am 16. Juli 2013 wurde die Post 205 Beteiligungs GmbH sowie am 22. Juli 2013 die Post 206 Beteiligungs GmbH mit einem Stammkapital von je TEUR 10 gegründet und letzterer ein Zuschuss in Höhe von TEUR 49.987 für den Anteilskauf Aras Kargo a.s., Istanbul gewährt.

Am 12. Dezember 2013 wurde zusammen mit der Post Immobilien GmbH, Wien die Postgasse 8 Entwicklungs AG & Co OG mit einer Einlage von TEUR 1 gegründet und ein Zuschuss von TEUR 339 gewährt. Weiters wurde die Immobilie Postgasse 8 auf den Verkehrswert aufgewertet und auf diese Gesellschaft mittels Einlage übertragen.

Weiters erfolgte die Verschmelzung der A4 Business Solutions GmbH auf die Österreichische Post AG.

Der Beteiligungsansatz an Post 101 Beteiligungs GmbH erhöhte sich aufgrund eines nicht rückzahlbaren Zuschusses um TEUR 600 (davon TEUR 500 an Scanpoint GmbH).

Für die Begleichung von Restkaufpreisverbindlichkeiten wurden der Post 104 Beteiligungs GmbH (über Post 103 Beteiligungs GmbH) Zuschüsse in Höhe von TEUR 11.292 für PostMaster s.r.l., TEUR 5.246 für M&BM Express OOD und TEUR 1.758 für PostMaster Sp.z.o.o. (vormals Kolportazs Rzetelny Sp. z.o.o) gewährt.

Weiters wurde an die ADELHEID GmbH ein Zuschuss in Höhe von TEUR 6.100 und an die Systemlogistik Distribution GmbH ein solcher in Höhe von TEUR 201 geleistet.

Der Buchwert der mittelbar gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K beträgt unverändert zum Vorjahr TEUR 8.000.

Insgesamt bestehen Ausleihungen in Höhe von TEUR 41.829 (31.12.2012: TEUR 42.519) an Post 002 Finanzierungs GmbH (vormals Post fünf Beteiligungs GmbH). Ausleihungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betragen TEUR 690 (31.12.2012: TEUR 690).



3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2012		31.12.2013	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	bis 1 Jahr	über 1 Jahr
mit einer Restlaufzeit von				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173.409	0	167.739	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	44.709	36.447	44.224	25.608
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	144	0	894	0
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	14.943	8.175	10.441	10.874
	233.205	44.622	223.298	36.482

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 850 (31.12.2012: TEUR 879) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Rhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 2.761 (31.12.2012: TEUR 819) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 67.071 (31.12.2012: TEUR 80.336) enthalten.

Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 3.015 (31.12.2012: TEUR 2.693) auf Steuerumlagen, mit TEUR 20.926 (31.12.2012: TEUR 26.455) auf Gewinnausschüttungen und Ergebnisüberrechnungen sowie mit TEUR 43.130 (31.12.2012: TEUR 51.188) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

In den sonstigen Forderungen sind Ertragszinsen in Höhe von TEUR 619 (31.12.2012: TEUR 685) sowie sonstige übrige Erträge in Höhe von TEUR 948 (31.12.2012: TEUR 3.947) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Guthaben bei Kreditinstituten	17.426	195
Termingelder	273.500	211.000
Kassenbestände	2.250	2.251
	293.175	213.446

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 28.897 (31.12.2012: TEUR 35.879) gebildet; davon entfallen TEUR 16.198 (31.12.2012: TEUR 16.866) auf vorausbezahlte Bezüge an Mitarbeiter, TEUR 3.383 (31.12.2012: TEUR 4.720) auf Mietzinsvorauszahlungen und TEUR 9.316 (31.12.2012: TEUR 14.293) auf sonstige Vorauszahlungen.



3.5 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,8% die Österreichische Industrieholding AG, Wien.

Im Rahmen der am 22. April 2008 abgehaltenen Hauptversammlung wurde der Vorstand ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 18 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von 10% des Grundkapitals nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und des Börsegesetzes gemäß § 65 Abs.1 Z.8 AktG zu erwerben und zum Zwecke der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien gemäß § 192 AktG einzuziehen. Das Aktienrückkaufprogramm, begonnen am 19. August 2008, wurde am 31. Dezember 2008 abgeschlossen. Alle eigenen Aktien (2.447.362 Stück) wurden am 24. April 2009 eingezogen und damit das Grundkapital herabgesetzt. In der Höhe des Nennwerts der eigenen Anteile wurde im Geschäftsjahr 2008 eine gebundene Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.237 eingestellt.

Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt zum 31. Dezember 2013 unverändert zum Vorjahr TEUR 118.300.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 35.000 (31.12.2012: TEUR 35.000). Weiters wurde gemäß Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2010 eine freie Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 15.000 durch Umgliederung aus dem Gewinnvortrag gebildet.

3.6 Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	1.1.2013	Auflösung	31.12.2013
Übertragung stiller Reserven gem. § 12 Abs. 1 EStG			
Grundstücke und Gebäude	9.609	17	9.592
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5	3	3
Fahrzeuge	28	28	0
	9.642	48	9.594

Die Rechtsgrundlage für die Zuweisung zu Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen stellt die mit dem Konjunkturpaket 2009 geschaffene Begünstigung einer vorzeitigen Abschreibung für körperliche Anlagegüter im Sinne des § 7a EStG dar. Der Anwendungszeitraum war auf Anschaffungen, die in den Jahren 2009 und 2010 getätigt wurden, begrenzt.

TEUR	1.1.2013	Auflösung	31.12.2013
Vorzeitige Abschreibung gem. § 7 a EStG			
Technische Anlagen und Maschinen	449	12	438
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.691	147	1.544
Fahrzeuge	3.963	160	3.803
	6.104	319	5.785

3.7 Rückstellungen

TEUR	1.1.	Um- gründungen	Um- gliederung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.
Abfertigungen	83.688	23		8.528	511	10.751	85.423
Steuern	10.654	1		3.171	45	5.965	13.404
Jubiläumsgelder	92.697			10.718	9.772	15.858	88.065
Noch nicht konsumierte Urlaube	45.009	131		45.140	0	42.388	42.388
Betriebsvereinbarung	17.313			9.407	0	14.101	22.007
Noch nicht erbrachte Leistungen	21.645			21.645	0	22.902	22.902
Sonstige Personalkosten	53.585	34		39.050	5.016	51.349	60.903
Ausstehende Eingangsrechnungen	29.874	59		23.311	5.969	22.503	23.155
Unterauslastung	211.625		-2.406	21.689	37.817	49.202	198.916
Abgeltungsverpflichtung	6.898			681	1.194	216	5.239
Übrige sonstige	35.694	452		7.061	6.155	8.167	31.097
Sonstige Rückstellungen	514.340	676	-2.406	178.702	65.922	226.687	494.673
Rückstellungen gesamt	608.682	700	-2.406	190.401	66.478	243.402	593.500

Der Rückgang der Rückstellung für Unterauslastung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung des Fluktuationsabschlagsatzes aufgrund der kürzeren Verweildauer der Mitarbeiter im Post-Arbeitsmarkt. Für jene Mitarbeiter, die von Bundesministerien übernommen wurden, wurde im Geschäftsjahr 2013 ein Betrag in Höhe von TEUR 2.406 in eine Verbindlichkeit umgliedert.

In den übrigen sonstigen Rückstellungen wurde für ungewisse Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträge in Höhe von TEUR 17.000 vorgesorgt.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 55.032 im Personalaufwand verrechnet.



3.8 Verbindlichkeiten

TEUR				31.12.2012
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	1	6.750	0	6.751
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60	0	0	60
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.251	0	0	146.251
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	73.495	0	0	73.495
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.554	0	0	1.554
sonstige Verbindlichkeiten	72.590	14.124	932	87.646
	293.950	20.874	932	315.756

TEUR				31.12.2013
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
mit einer Restlaufzeit von				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	0	6.750	0	6.750
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	77	0	0	77
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	137.176	0	0	137.176
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	70.494	0	0	70.494
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.308	0	0	2.308
sonstige Verbindlichkeiten	62.156	10.141	896	73.193
	272.211	16.891	896	289.998

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 6.212 (31.12.2012: TEUR 5.937), aus Steuerumlagen in Höhe von TEUR 140 (31.12.2012: TEUR 558) und mit TEUR 64.142 (31.12.2012: TEUR 67.000) aus sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 55.086 (31.12.2012: TEUR 57.424) und sonstige übrige Aufwendungen in Höhe von TEUR 3.157 (31.12.2012: TEUR 1.137) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 4.655 (31.12.2012: TEUR 5.656) gebildet; davon entfallen TEUR 3.844 (31.12.2012: TEUR 4.324) auf den Nettobarwertvorteil aus dem Cross Border Leasing (vgl. 3.10).

3.10 Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Cross Border Leasing

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Österreichische Post AG mit zwei US-Trusts eine Cross Border Leasing-Transaktion abgeschlossen. Die Österreichische Post AG hat diesen beiden Trusts auf 99 Jahre ein Fruchtgenussrecht an Postsortieranlagen in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gegen Leistung eines „Grant Payments“ von 117 Mio USD eingeräumt. Gleichzeitig wurde ein Lease Agreement abgeschlossen, in dem die Österreichische Post AG auf 24 Jahre das Nutzungsrecht an diesen Anlagen wieder zurückgemietet hat.

Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen weisen einen Buchwert von TEUR 15.730 (31.12.2012: TEUR 10.879) auf. In diesem Lease Agreement wurde der Österreichischen Post AG auch das Recht eingeräumt, das Fruchtgenussrecht an den Postsortieranlagen entweder mit 1. Jänner 2022 zu einem Fixpreis („EBO Payment Amount“) oder am Ende des Leasingvertrages zum Verkehrswert, mindestens jedoch zum „End of Term Purchase Option Price“ zurückzukaufen.

Die Österreichische Post AG hat ihre Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an zwei Payment Undertaker ausgelagert. Zu diesem Zweck hat die Österreichische Post AG Zahlungen an die Payment Undertaker geleistet (Mio USD 108,3) und die entsprechende Verbindlichkeit ausgebucht. Die Payment Undertaker haben sich ihrerseits verpflichtet, die entsprechenden Beträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen für die Österreichische Post AG zu leisten. Bei der Österreichischen Post AG verbleibt das Restrisiko einer möglichen Inanspruchnahme im Falle einer Insolvenz der Payment Undertaker. Aufgrund der Verbesserung des Ratings eines Payment Undertakers ist keine zusätzliche Besicherung durch Wertpapiere mehr notwendig.

Zum Bilanzstichtag stellt sich das Rating der beiden Payment Undertaker wie folgt dar:

	31.12.2012	31.12.2013
Standard & Poor´s	A+(Negative) bzw. AA-(Stable)	A(Stable) bzw. AA-(Stable)
Moody´s	A1(Positive) bzw. A2 (Negative)	Aa3 (Positive) bzw. A2 (Negative)

Zum 31. Dezember 2013 beläuft sich der von den Payment Undertakern noch zu leistende Betrag auf TEUR 80.632 (31.12.2012: TEUR 85.364) und ist in den Haftungsverhältnissen enthalten.

Der aus dieser Transaktion der Österreichischen Post AG zugeflossene Nettobarwertvorteil wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2013: TEUR 3.844; 31.12.2012: TEUR 4.324) ausgewiesen und verteilt über die Vertragslaufzeit ertragswirksam aufgelöst.

Patronatserklärungen

Im Jahr 2009 wurden Haftungen für trans-o-flex Belgium B.V.B.A. in Höhe von TEUR 3.444 (aushaftender Betrag am 31.12.2013: TEUR 491) übernommen.

Im Jahr 2011 wurden Haftungen für trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG in Höhe von TEUR 7.500 (aushaftender Betrag am 31.12.2013: TEUR 2.868) übernommen.

Im Jahr 2013 wurden Haftungen für City Express, Belgrad in Höhe von TEUR 3.457 (aushaftender Betrag am 31.12.2013: TEUR 3.457) übernommen.

Weiters bestehen sonstige Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen mit einem Betrag von TEUR 549 (aushaftender Betrag zum 31.12.2013: TEUR 209).



Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Bestellverpflichtungen für Investitionen	18.566	31.780
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	48.872	46.165
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	9.051	9.590
in den folgenden fünf Jahren (statistisch hochgerechnet)	242.363	230.068
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	45.254	47.950

Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG hat im Dezember 2009 die Einführung aktienbasierter Vergütungsprogramme beschlossen. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wurde jeweils ein Vergütungsprogramm für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert. Voraussetzung für die Teilnahmeberechtigung war der Erwerb einer bestimmten Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG nach vorgegebenen Richtlinien. Dieses Eigeninvestment ist bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten (Tranche 1: 31.12.2013, Tranche 2: 31.12.2014, Tranche 3: 31.12.2015, Tranche 4: 31.12.2016). Von den aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern nehmen die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl und Dipl.-Ing. Walter Hitziger an allen Vergütungsprogrammen, Herr Mag. Dr. Rudolf Jettmar an den ersten drei Vergütungsprogrammen, Herr Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz an den beiden ersten Vergütungsprogrammen, Herr Dipl.-Ing. Peter Umundum am zweiten, dritten und vierten Vergütungsprogramm und Herr Dipl.-Ing. Walter Oblin am dritten und vierten Vergütungsprogramm teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments betragen zum 31. Dezember 2013 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 70.029 Aktien, für die teilnehmenden Führungskräfte 168.900 Aktien. Am Anspruchstag werden den Teilnehmern Bonusaktien gewährt oder es erfolgt ein Barausgleich. Die Vorstände haben für alle Programme auf die Auszahlung in Bonusaktien verzichtet und nehmen nur am Barausgleich teil. Die Zahl der Bonusaktien hängt vom Ausmaß der Erreichung der im Voraus definierten Leistungskriterien ab. Zu Beginn des jeweiligen Programms wurden Zielwerte für Schlüsselindikatoren festgelegt. Die maßgeblichen Indikatoren sind Earnings per Share (EPS), Free Cashflow und Total Shareholder Return (TSR), wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstandes sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist, Führungskräfte eine Obergrenze je nach Tranche aufgrund der maximalen Zielerreichung von 200% oder 225% beziehungsweise in Abhängigkeit des individuellen Jahresbruttofixgehalts.

Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte die Auszahlung der Tranche 1 in Höhe von TEUR 5.437 zur Gänze in bar. Die Anzahl der Bonusaktien zum 31. Dezember 2013 beträgt für die Tranche 2 358.195, für die Tranche 3 449.630 und für die Tranche 4 288.073. Zum 31. Dezember 2013 ergeben sich rechnerische Zeitwerte für die Tranchen 2, 3 und 4 in Höhe von TEUR 10.166, TEUR 11.582 und TEUR 10.343. Diese wurden mit Hilfe eines Modells ermittelt, welches auf der erwarteten Erreichung der Leistungskriterien und dem erwarteten Aktienkurs beruht. Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Dotierung des Geschäftsjahres 2013 beträgt für die Tranche 2 TEUR 3.546, für die Tranche 3 TEUR 4.548 und für die Tranche 4 TEUR 2.478. Zum Bilanzstichtag bestehen aliquote Rückstellungen für die Tranche 2 in Höhe von TEUR 10.166 (31.12.2012: TEUR 6.620), für die Tranche 3 in Höhe von TEUR 7.042 (31.12.2012: TEUR 2.494) und für die Tranche 4 in Höhe von TEUR 2.478 (31.12.2012: TEUR 0).



4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Brief, Werbepost & Filialen	1.411.418	1.396.934
Paket & Logistik	255.791	271.740
Corporate	45	50
	1.667.254	1.668.725

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	5.568	5.592
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	8.587	11.446
Erträge aus Mieten und Pachten	41.005	40.819
Abgeltungen von Schadensfällen	1.526	1.569
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	921	602
Weiterverrechnete Aufwendungen	15.662	14.459
Übrige	9.196	58.957
	82.465	133.444

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Neubewertung der Liegenschaft Postgasse 8 zum Verkehrswert im Zusammenhang mit der Einlage in eine eigene Gesellschaft zurückzuführen.

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Materialaufwand	58.523	60.109
Aufwand für bezogene Leistungen	248.294	254.902
	306.816	315.011

4.4 Personalaufwand

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Gehälter	740.012	719.883
Aufwendungen für Abfertigungen	29.746	26.151
Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen	1.831	2.128
Aufwendungen für Altersversorgung	199	168
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	205.845	197.518
Sonstige Sozialaufwendungen	8.089	8.023
	985.722	953.871



Anlage 3

Die durchschnittliche Zahl an Arbeitnehmern betrug im Geschäftsjahr:

	31.12.2012	31.12.2013
Beamte	9.872	9.270
Angestellte	11.274	11.297
Summe	21.146	20.567
Entsprechende Vollzeitkräfte	19.534	18.951

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Bezüge aktive Vorstandsmitglieder	3.436	4.572
Bezüge ehemalige Vorstandsmitglieder	889	775
Bezüge Mitglieder des Aufsichtsrats	163	153
	4.488	5.501

4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Vorstände	233	719
Leitende Angestellte	324	228
Andere Arbeitnehmer	31.219	27.500
	31.776	28.447

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Steuern, nicht vom Einkommen und Ertrag	5.934	5.912
Übrige	223.601	222.925
	229.536	228.837



Anlage 3

Die übrigen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Miet- und Pacht aufwendungen	54.455	52.163
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	35.945	34.402
EDV-Dienstleistungsaufwand	27.928	28.685
Reiseaufwand	24.664	23.489
Entsorgung und Reinigung	12.361	11.643
Kommunikation und Werbung	16.185	14.778
Beratungsaufwand	9.669	9.871
Personalbereitstellung	9.575	10.972
Versicherungsaufwand	5.120	5.678
Telefonaufwand	3.270	2.672
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	2.161	3.708
Aus- und Fortbildung	1.586	2.749
sonstige	20.681	22.115
	223.601	222.925

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Gewinnausschüttungen	22.885	19.071
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	3.570	2.781
Sachdividende	4.939	5.272
	31.394	27.125

4.8 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	31.12.2012	31.12.2013
Abschreibungen auf Beteiligungen	35.981	51.600
Sonstige Aufwendungen auf Finanzanlagen	117	7.772
Abschreibung Wertpapiere	28.400	0
	64.498	59.372



4.9 Steuern vom Einkommen

Im Jahr 2013 wurden von den Gruppenmitgliedern positive steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 18.647 (2012: TEUR 14.653) und negative steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 1.504 (2012: TEUR 2.412) an den Gruppenträger Österreichische Post AG überrechnet. Aufgrund dieser Überrechnung ergeben sich positive Steuerumlagen in Höhe von TEUR 4.662 (2012: TEUR 3.663) sowie negative Umlagen im Betrage von TEUR 376 (2012: TEUR 603). Die überwiegende Zuweisung positiver steuerlicher Ergebnisse führte per Saldo zu einer Erhöhung der Körperschaftsteuerbelastung des Gruppenträgers im Ausmaß von TEUR 4.286 (2012: TEUR 3.060).

Der Körperschaftsteueraufwand der Steuergruppe beträgt nach Zurechnung der einzelnen steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder TEUR 37.901 (2012: TEUR 35.869). Nach Berücksichtigung der Steuerumlagen der Gruppenmitglieder ergibt sich für die Österreichische Post AG ein Körperschaftsteueraufwand 2013 in Höhe von TEUR 33.616 (2012: TEUR 32.809). Die Körperschaftsteuerbelastung resultiert ausschließlich aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Mit der Schlussbesprechung am 22. November 2013 wurde die, die Jahre 2008 bis 2010 umfassende Betriebsprüfung abgeschlossen. Hinsichtlich der Umsatzsteuer wurden keine Feststellungen getroffen. Feststellungen zur Körperschaftsteuer wurden im Ertragssteueraufwand berücksichtigt.

Im Jahr 2013 gab es steuerpflichtige Auflösungen von unversteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 367 (2012: TEUR 185).

Passive latente Steuern wurden insbesondere für die auf den Verkehrswert aufgewertete und in weiterer Folge in eine eigene Gesellschaft eingelegte Liegenschaft Postgasse 8 in Höhe von TEUR 8.422 errechnet und mit den aktiven latenten Steuern saldiert dargestellt. Vom Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von TEUR 52.292 exklusive Gruppenmitgliedern (2012: TEUR 51.544) wurde kein Gebrauch gemacht.



5. Risikomanagement

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portefeuilleansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

In der Österreichischen Post AG erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzanlagen mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, zum Beispiel in Bezug auf Fristigkeiten, Kontrahentenstruktur und hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder durch Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden. Zum Bilanzstichtag bestehen in der Österreichischen Post AG keine Konzentrationsrisiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, welches Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen bei der Österreichischen Post AG klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken. Finanzielle Risiken umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktionsrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken.

Liquiditätsrisiko

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmensgruppe. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktionsrisiko/Risiko Payment Undertaker

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallsrisiko dar, da keine generellen Aufrechnungsvereinbarungen bestehen. Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden ohnedies bar bezahlt bzw. einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber ausländischen Postgesellschaften, bei denen es sich um Vertragspartner bester Bonität handelt.

Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallsrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Zur Vermeidung von Kreditrisiken werden Finanzkontrakte nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen. Aus diesem Grund wird das allgemeine Kreditrisiko aus den eingesetzten Finanzinstrumenten für gering gehalten.

Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits. Zur Begrenzung des Ausfallsrisikos bei Anleihen, Schuldverschreibungen und strukturierten Finanzierungen werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft. Im Wertpapierportfolio befinden sich nur Papiere auf Investment Grade Niveau. Als Handelspartner für OTC-Transaktionen bzw. für in strukturierten Geschäften integrierte Transaktionen kommen gleichfalls nur Kontrahenten mit erstklassigen Bonitäten in Frage. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte.



Im Rahmen einer Crossborder-Leasing Transaktion wurde durch eine Einmalzahlung die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an Payment Undertaker ausgelagert. Als Payment Undertaker wurden Finanzinstitute mit bester Bonität (Qualified Issuer) ausgewählt. Im Falle des Equity Payment Undertakers wurden Mindestratings vereinbart, wobei mit Unterschreiten dieser Grenzen zusätzliche Sicherheiten in Form von Wertpapieren vom Payment Undertaker beizubringen sind und bei weiterem Sinken des Ratings die Verpflichtung besteht, den Equity Payment Undertaker zu wechseln. Damit rechtzeitig auf die jeweilige Situation der Payment Undertaker reagiert werden kann, erfolgt zumindest quartalsweise eine Überprüfung des Ratings der aktuellen Payment Undertaker sowie des Ratings vergleichbarer Kreditinstitute. Zudem ist zu jedem Jahresabschluss von den Payment Undertakern in einer Bestätigung über den planmäßigen Verlauf der Transaktionen zu berichten und die offenen Rückführungsraten bekannt zu geben.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten, anderen Bilanzposten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten.

Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzanlagen und Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden grundsätzlich selektiv auch derivative Instrumente, wie Zins-Swaps eingesetzt. Zum Bilanzstichtag bestehen keine derivativen Finanzinstrumente. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Währungsänderungsrisiko

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

Organisatorische Risiken

Durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) sind organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.



6. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand

GD Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl	Vorsitzender des Vorstands
Dipl.-Ing. Walter Oblin	
Dipl.-Ing. Walter Hitziger	
Dipl.-Ing. Peter Umundum	

Aufsichtsrat

Ing. Rudolf Kemler	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Edith Hlawati	Stellvertreterin des Vorsitzenden des Aufsichtsrats
Prof. Dr. Edgar Ernst	bis 21.6.2013
Dr. Erich Hampel	
Mag. Günter Leonhartsberger	
Chris E. Muntwyler	
Mag. Markus Pichler	
Elisabeth Stadler	

Vom Betriebsrat entsandt:

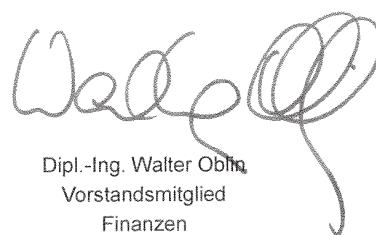
Helmut Köstinger
Martin Palensky
Andreas Schieder
Manfred Wiedner

Wien, am 28. Februar 2014

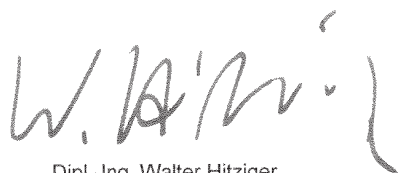
Der Vorstand



Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



Dipl.-Ing. Walter Oblm
Vorstandsmitglied
Finanzen



Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen



Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik



Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.



Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 28. Februar 2014

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Walter Müller e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Josef Spadinger e.h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.



Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31.12.2013

TEUR

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte
geleistete Anzahlungen

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2013	Zugänge	Zugänge durch Umgründungen	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2013	kum. Abschreibung durch Umgründungen	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2013	Buchwert 31.12.2013	Buchwert 01.01.2013	Abschreibungen im Geschäftsjahr 2013
	45.858	6.425	4.928	-2.042	116	55.284	-2.628	-37.613	17.671	13.772	-4.930
	423	-162	0	0	-116	144	0	0	144	423	0
	46.280	6.263	4.928	-2.042	0	55.428	-2.628	-37.613	17.815	14.195	-4.930

II. Sachanlagen

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten
einschließlich der Bauten auf fremdem Grund
technische Anlagen und Maschinen
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau

	649.588	6.747	6.453	-29.373	71	633.485	0	-418.558	214.947	222.412	-16.826
	174.107	5.130	0	-13.860	5.434	170.811	0	-131.808	39.003	37.256	-8.660
	237.510	28.835	245	-25.597	4.270	245.263	-206	-137.468	107.795	105.392	-28.999
	10.128	28.996	0	0	-9.775	29.339	0	0	29.339	10.128	0
	1.071.333	69.698	6.698	-68.830	0	1.078.898	-206	-687.814	391.084	375.188	-54.486

III. Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen
Ausleihungen an verbundene Unternehmen
Beteiligungen
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens

	1.266.210	126.016	0	-6.137	0	1.386.089	0	-829.674	556.416	488.136	-51.600
	42.519	0	0	-690	0	41.829	0	0	41.829	42.519	0
	642	6.100	0	0	0	6.742	0	0	6.742	642	0
	122.833	27.720	0	-3.413	0	147.140	0	-68.419	78.721	54.414	0
	1.432.204	159.836	0	-10.239	0	1.581.800	0	-898.093	683.707	585.711	-51.600

Gesamt

	2.549.817	235.797	11.625	-81.112	0	2.716.127	-2.833	-1.623.520	1.092.607	975.093	-111.016
--	------------------	----------------	---------------	----------------	----------	------------------	---------------	-------------------	------------------	----------------	-----------------



LAGEBERICHT 2013 DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG NACH § 243 UGB

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfeld und Rahmenbedingungen	2
1.1	Wirtschaftliches Umfeld und Branchenumfeld	2
1.2	Rechtliche Rahmenbedingungen	3
1.3	Struktur des Unternehmens	4
2.	Geschäftsverlauf 2013	5
2.1	Umsatzentwicklung	5
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung	6
2.3	Vermögens- und Finanzlage	7
2.4	Bericht über Zweigniederlassungen	8
2.5	Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren	8
2.6	Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	11
3.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick	12
4.	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	13
4.1	Risikomanagement	13
4.2	Top Risiken	13
4.3	Allgemeine und sonstige Risiken	14
4.4	Gesamtaussage zur Risikosituation	16
4.5	Wesentliche Chancen	17
5.	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	18
5.1	Kontrollumfeld	18
5.2	Risikobeurteilung	18
5.3	Kontrollmaßnahmen	18
5.4	Information und Kommunikation	19
5.5	Überwachung	19
6.	Informationen gemäß § 243a UGB	20



1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld und Branchenumfeld

Die Weltwirtschaft erholt sich seit Jahresmitte 2013 kontinuierlich – lag das globale Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 noch bei 3,0%, so sollte sich dieses im Laufe des Jahres 2014 bereits auf 3,7% verstärken. Diese Entwicklung ist vor allem auf die weitere Entspannung der wirtschaftlichen Situation in den Industrienationen zurückzuführen, wobei Risiken aufgrund der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bzw. entsprechender fiskalpolitischer Maßnahmen weiterhin gegeben sind. Seit Mitte 2013 zeigten sich auch im europäischen Raum erste Anzeichen einer Konjunkturerholung. Während die Wirtschaftsleistung in Europa im Gesamtjahr 2013 um 0,3% leicht anwuchs, verzeichnete der Euro-Raum noch einen Rückgang von rund 0,4% (IWF, Jänner 2014).

Wie für viele Länder Europas war 2013 auch für die österreichische Wirtschaft ein schwieriges Jahr. Das BIP stieg mit einem Plus von 0,3% kaum, die Arbeitslosigkeit stieg, und der private Konsum stagnierte ebenso wie die Reallöhne. Die Konjunktur wird sich 2014 weiter erholen, die Belebung aufgrund der anhaltenden Strukturprobleme im Euro-Raum allerdings nicht die Stärke vergangener Aufschwungphasen erreichen. Für das Gesamtjahr 2014 erwartet das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) ein BIP-Wachstum in Höhe von 1,7% (WIFO, Oktober 2013). Ähnliche Steigerungsraten werden auch für Deutschland erwartet, 2013 stieg die Wirtschaftsleistung um 0,5% und laut aktuellen Prognosen soll im Jahr 2014 ein Wachstum von 1,6% verzeichnet werden (IWF, Jänner 2014).

Im Briefbereich hält die elektronische Substitution des klassischen Briefes weiterhin an. Dabei ist der Rückgang in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ moderat. So ist das adressierte Briefpostvolumen hierzulande von 2008 bis 2012 im Durchschnitt nur um 3,2% pro Jahr zurückgegangen, in anderen europäischen Ländern gab es Rückgänge von bis zu 10%. Im Jahr 2013 war die Volumenentwicklung zwar durch Wahleffekte positiv beeinflusst, der Abwärtstrend hält jedoch weiter an und ist im Kern auch nicht beeinflussbar. Postanbieter reagieren auf diese Situation mit neuen Angeboten wie der Kombination von klassischer und digitaler Kommunikation (duale Zustellung von Briefen). Seit 2013 sind die europäischen Postmärkte liberalisiert. Dieser Prozess führte in einer Vielzahl von Märkten zu einer Anpassung des Universaldienstes an die sich stetig ändernden Kundenbedürfnisse.

Das Volumen an Werbesendungen wiederum ist abhängig von der Intensität der Werbeaktivitäten der Unternehmen: Während der Werbemarkt laut Media FOCUS Research – getrieben durch Online, Kino und TV – im Jahr 2013 wächst, zeigt der klassische Prospekt aktuell eine rückläufige Entwicklung. Für adressierte Direct Mails stellen sich die Prognosen etwas positiver dar (Media FOCUS Research, Februar 2014).

Im Paketbereich sind in Österreich aufgrund der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shoppings weiterhin steigende Volumina zu verzeichnen. So stiegen die Paketvolumen im Privatkundenbereich im Jahr 2013 um 3,7%, wohingegen sich der B2B-Bereich mit einem leichten Plus von 0,1% relativ stabil entwickelte (Kreutzer, Fischer & Partner, Branchenradar 2014).

Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunkturerholung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden immer internationaler – und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen. Internationale Sendungen sind deshalb ein weiterer wichtiger Faktor für das Wachstum des europäischen Kurier-, Express- und Paketmarkts (KEP).

Als relevanter Trend sind zudem die wachsende Bedeutung des Klimaschutzes und die dadurch steigende Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten zu verzeichnen. Die Österreichische Post AG entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung von Sendungen am Heimmarkt Österreich, um so eine Belastung der globalen Klimabilanz zu vermeiden.



1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Österreichischen Post AG basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Seine wesentlichen Eckpunkte sind:

- Die Österreichische Post AG bleibt auch nach der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich.
- Der ab 2011 neu definierte Universaldienst beschränkt sich im Sinne der Sicherung der Grundversorgung primär auf Postsendungen, die an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden können, das sind z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – jedenfalls nicht zum Universaldienst.
- Die Österreichische Post AG war in den Jahren 2011 bis 2013 zum Austausch der nicht dem Gesetz entsprechenden Hausbrieffachanlagen und Landabgabekästen verpflichtet und hatte diesen Austausch vorzufinanzieren. Die Kosten für den Austausch sind der Österreichischen Post AG nach einem gesetzlich geregelten Aufteilungsschlüssel teilweise zu ersetzen. Bisher gab es keinen Kostenersatz.
- Seit 1. Jänner 2011 unterliegt die gewerbsmäßige Beförderung von Briefsendungen mit einem Gewicht bis 50 Gramm einer Konzessionspflicht.
- Seit 1. Jänner 2011 gilt die Umsatzsteuerbefreiung nur mehr für Postdienste im Rahmen der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung. Postdienstleistungen, deren Bedingungen individuell vereinbart wurden, unterliegen der Umsatzsteuer zum Normalsteuersatz.



1.3 Struktur des Unternehmens

Die Österreichische Post AG ist mit den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik am Markt tätig.

1.3.1 Division Brief, Werbepost & Filialen

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen erstreckt sich auf die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie den Verkauf von Post- und Telekomprodukten bzw. Finanzdienstleistungen in Kooperation mit dem Bankpartner BAWAG P.S.K. Ergänzt wird das Angebot durch neue Dienstleistungen für Geschäftspost und Werbepost, darunter Adress- und Datenmanagement, Poststellen-Management, intelligentes Scanning und Response-Management. Dafür stehen den Kunden 1.894 Postgeschäftsstellen in ganz Österreich zur Verfügung. Pro Jahr werden 5,7 Mrd Sendungen in Österreich zugestellt.

1.3.2 Division Paket & Logistik

Hauptgeschäft der Division Paket & Logistik ist die Beförderung von Paketen sowie von EMS-Sendungen für Privat- und Geschäftskunden. In den vergangenen Jahren hat die Österreichische Post AG entlang der gesamten logistischen Wertschöpfungskette weitere Kompetenzen aufgebaut und ist nun als Anbieter vielfältiger Mehrwertdienstleistungen erfolgreich.

1.3.3 Corporate

Im Bereich Corporate werden Dienstleistungen, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung nötig sind, erbracht. Diese Dienstleistungen umfassen die Verwaltung der Immobilien, die Erbringung von IT-Support, Finanzierungs- und Verwaltungstätigkeiten sowie die Administration des Post-Arbeitsmarktes.



2. Geschäftsverlauf 2013

2.1 Umsatzentwicklung

Der Umsatz der Österreichischen Post AG lag mit 1.668,7 Mio EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Zuwächse wurden dabei mit plus 6,2% vor allem in der Division Paket & Logistik erzielt.

Die Verteilung des Umsatzes auf die einzelnen Divisionen zeigt die hohe Bedeutung der Division Brief, Werbepost & Filialen auf die ein Anteil von 83,7% vom Gesamtumsatz entfällt. Die Division Paket & Logistik trug mit 16,3% zum Umsatz bei.

Außenumsatz nach Divisionen

Mio EUR	2012	2013	Veränderung 2012/2013
Umsatz gesamt	1.667,3	1.668,7	0,1%
Brief, Werbepost & Filialen	1.411,4	1.397,0	-1,0%
Paket & Logistik	255,8	271,7	6,2%

Umsatz Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2012	2013	Veränderung 2012/2013
Briefpost & Mail Solutions	767,3	759,0	-1,1%
Werbepost	380,5	377,9	-0,7%
Medienpost	144,3	140,4	-2,7%
Filialdienstleistungen	119,4	119,7	0,3%

Die **Division Brief, Werbepost & Filialen** verzeichnete im Jahresvergleich einen Umsatzrückgang um 1,0% auf 1.397,0 Mio EUR. Der stärkste Rückgang erfolgte im Bereich Medienpost um 2,7% auf 140,4 Mio EUR. Ebenso verringerte sich der Umsatz im Bereich Briefpost & Mail Solutions im Jahr 2013 um 1,1% auf 759,0 Mio EUR. Die Substitution von Briefen durch elektronische Medien hält nach wie vor an, Rückgänge sind etwa im Kundensegment Telekom und öffentlicher Sektor zu verzeichnen. Positive Impulse brachten hingegen diverse Wahlen, da die Möglichkeit der Briefwahl mittlerweile ein beliebtes Mittel der Stimmabgabe darstellt. Auch neue Dienstleistungen im Bereich Mail Solutions konnten Zuwächse erzielen. Der Basistrend eines rückläufigen Briefpostvolumens bleibt jedoch aufrecht. Im Bereich Werbepost (adressierte und unadressierte Werbesendungen) verringerte sich der Umsatz 2013 um 0,7% auf 377,9 Mio EUR. Dieser Bereich ist besonders von Schwankungen der Konjunktur und des Werbeverhaltens beeinflusst. Die schwache Konjunktur und der Druck des Online-Handels auf den stationären Handel führten bei einigen Kunden zu einem gedämpften Werbeverhalten, zudem war eine Marktkonsolidierung im Handel spürbar. Im Gesamtjahr 2013 waren vor allem im unadressierten Bereich rückläufige Sendungsvolumen und eine erhöhte Volatilität der Werbewirtschaft zu verzeichnen. Der Umsatz mit Filialdienstleistungen blieb mit 119,7 Mio EUR nahezu konstant. In Summe verfügte die Österreichische Post AG per 31. Dezember 2013 über 1.894 Post-Geschäftsstellen, von denen mittlerweile bereits 1.359 von externen Post Partnern betrieben werden.

In der **Division Paket & Logistik** konnte der Umsatz 2013 um 6,2% auf 271,7 Mio EUR gesteigert werden. Ein stetiger Volumenanstieg ist zu verzeichnen. Der Anstieg beruht sowohl auf Marktanteilsgewinnen bei Business-to-Business (B2B)-Kunden als auch auf Steigerungen im Privatkundengeschäft. Ein Haupttreiber bei Privatkunden war der steigende Internethandel.



2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Österreichischen Post AG zeigt für 2013 folgendes Bild:

Mio EUR	2012	2013	Veränderung 2012/2013	Struktur in %
Umsatzerlöse	1.667,3	1.668,7	0,1%	100,0%
Aktiviert Eigenleistungen	0,4	0,6	39,5%	0,0%
Sonstige betriebliche Erträge	82,5	133,4	61,8%	8,0%
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-306,8	-315,0	2,7%	-18,9%
Personalaufwand	-985,7	-953,9	-3,2%	-57,2%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-229,5	-228,8	-0,3%	-13,7%
Beteiligungsergebnis	-4,6	-24,5	>100%	-1,5%
Abschreibungen	-60,9	-59,4	-2,5%	-3,6%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	162,5	221,1	36,0%	13,3%
Sonstiges Finanzergebnis	-16,6	-5,5	-66,6%	-0,3%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	145,9	215,6	47,7%	12,9%
Steuern	-32,8	-38,7	17,9%	-2,3%
Jahresüberschuss	113,2	176,9	56,3%	10,6%

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Neubewertung der Liegenschaft Postgasse 8 zum Verkehrswert im Zusammenhang mit der Einlage in eine eigene Gesellschaft zurückzuführen.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf 315,0 Mio EUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 0,3% auf 228,8 Mio EUR.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von über 57% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum um 3,2% auf 953,9 Mio EUR gesunken.

Das Beteiligungsergebnis reduzierte sich auf -24,5 Mio EUR aufgrund im Geschäftsjahr 2013 durchgeführten außerplanmäßigen Abschreibungen auf Beteiligungen im Zusammenhang mit der trans-o-flex Gruppe Deutschland und MEILLERGHP GmbH, Deutschland sowie geringeren Beteiligungserträgen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen der Österreichischen Post AG reduzierten sich 2013 um 2,5% auf 59,4 Mio EUR. Dies ist ein Anteil von 3,6% am Umsatz.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) der Österreichischen Post AG erhöhte sich 2013 auf 221,1 Mio EUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug im Geschäftsjahr 2013 215,6 Mio EUR. Nach Abzug von Steuern im Ausmaß von 38,7 Mio EUR ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 176,9 Mio EUR. Unter Berücksichtigung der Auflösung von un versteuerten Rücklagen sowie des Gewinnvortrages betrug der Bilanzgewinn 2013 188,8 Mio EUR.



2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post AG setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Zahlungsmittelveranlagung mit möglichst geringem Risiko.

Die Bilanz der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2013 weist folgende Struktur auf:

Mio EUR	31.12.2012	31.12.2013	Struktur 31.12.2013 in %
Aktiva			
Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen	389,4	408,9	25,4%
Finanzanlagen	585,7	683,7	42,4%
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	329,0	304,6	18,9%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	293,2	213,4	13,3%
	1.597,3	1.610,6	100,0%
Passiva			
Eigenkapital	651,4	707,1	43,9%
Unversteuerte Rücklagen	15,7	15,4	1,0%
Rückstellungen	608,7	593,5	36,8%
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	321,4	294,7	18,3%
	1.597,3	1.610,6	100,0%

Die Position Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände erhöhte sich gegenüber 2012 um 19,5 Mio EUR auf 408,9 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 214,9 Mio EUR (31.12.2012: 222,4 Mio EUR) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 107,8 Mio EUR (31.12.2012: 105,4 Mio EUR).

Die Finanzanlagen in Höhe von 683,7 Mio EUR beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Anlagevermögens. Der Anstieg ist einerseits auf den Erwerb von Anteilen im Ausmaß von 25% an dem türkischen Paketdienstleister Aras Kargo a.s und andererseits auf die Aufwertung und anschließender Einlage der Liegenschaft Postgasse 8 in eine eigene Gesellschaft zurückzuführen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 167,7 Mio EUR (31.12.2012: 173,4 Mio EUR) sowie Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 69,8 Mio EUR (31.12.2012: 81,2 Mio EUR). Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist im Geschäftsjahr 2013 auf 213,4 Mio EUR gesunken.

Auf Basis des Eigenkapitals von 707,1 Mio EUR und der unversteuerten Rücklagen von 15,4 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2013 eine Eigenkapitalquote von 44,9% (Vorjahr 41,8%).

Die Rückstellungen in Höhe von 593,5 Mio EUR sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen von Mitarbeitern, die unkündbar sind und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von 198,9 Mio EUR (31.12.2012: 211,6 Mio EUR) vorgesorgt. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen auf einer Erhöhung des Fluktuationsabschlagsatzes aufgrund einer kürzeren Verweildauer der Mitarbeiter im Post-Arbeitsmarkt. Weiters ist auch eine Rückstellung in Höhe von 4,3 Mio EUR (31.12.2012: 9,2 Mio EUR) für Mitarbeiter, die in ein Bundesministerium wechseln sollen und für die die Österreichische Post AG die Gehaltsaufwendungen für einen bestimmten Zeitraum weiterhin trägt, enthalten.



Die Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten der Österreichischen Post AG in Höhe von 294,7 Mio EUR sind gegenüber dem Vorjahr um 8,3% gesunken.

2.4 Bericht über Zweigniederlassungen

Die Österreichische Post AG unterhält keine Zweigniederlassungen.

2.5 Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Cashflow

Mio EUR	2012	2013
Cashflow aus dem Ergebnis	184,8	212,4
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	13,2	-8,3
= Cashflow aus Geschäftstätigkeit	198,0	204,1
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-80,0	-152,9
= Free Cashflow	118,0	51,2
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-114,9	-130,6
= Nettoveränderung liquider Mittel¹⁾	3,1	-79,4

¹⁾ nach Verschmelzungen

2.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2012	2013
EBIT-Marge ¹⁾	9,7%	13,3%
ROE ²⁾	20,6%	32,7%
ROCE ³⁾	23,6%	28,9%
Ø Capital Employed ⁴⁾	688,1 Mio EUR	768,4 Mio EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenkapital + ungesteuerte Rücklagen (bereinigt um latente Steuern) zum 1. Jänner abzüglich im Geschäftsjahr geflossener Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagevermögen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen (abzüglich verzinsliche Forderungen) + Aktive Rechnungsabgrenzung – unverzinsliches Fremdkapital

2.5.3 Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich 2013 um 583 (minus 3%) auf 18.951 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief, Werbepost & Filialen beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2012	2013	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	16.350	15.592	82,3%
Paket & Logistik	1.478	1.510	8,0%
Corporate	1.706	1.849	9,7%
Gesamt	19.534	18.951	100,0%



2.5.4 Mitarbeiterzufriedenheit

Im Juni 2013 fand unter dem Titel „Gemeinsam besser werden“ die erste unternehmensweite Mitarbeiterbefragung der Österreichischen Post AG statt. Das Ziel: die Stimmung unter den Mitarbeitern einzufangen sowie relevante Themen und Verbesserungspotenziale zu identifizieren. Die Mitarbeiter konnten ihre Meinung zu unterschiedlichen Aspekten des Unternehmens äußern und ihren Arbeitgeber bewerten. Die Ergebnisse der Befragung ergaben ein objektives Bild, wo die Post gerade steht. Auf dieser Grundlage wurden die vier Handlungsfelder – Gesundheit am Arbeitsplatz, Leistungskultur/Arbeitsbedingungen, Betriebsmittel und -organisation sowie Information und Kommunikation – identifiziert, denen die Post nun verstärkte Aufmerksamkeit widmet und in denen konkrete Verbesserungen erzielt werden sollen.

2.5.5 Aus- und Weiterbildung

Die zielgruppen- und kompetenzorientierte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Personalmanagement der Österreichischen Post AG. Die Maßnahmen beinhalten Fachschulungen, Weiterbildungskurse, Coachings und Trainings in allen Fachbereichen des Unternehmens. Wenn es darum geht, Mitarbeiterpotenziale zu erkennen und ihre Fähigkeiten durch individuelle Förderung auszubauen, sind im ersten Schritt die Führungskräfte gefordert. Daher setzte die Österreichische Post AG im Jahr 2013 den Schwerpunkt auf die Ausbildung von Führungspersonal im Rahmen der Führungsakademie. Die Themen beinhalten etwa Kommunikation und Motivation, Führungsstil und -instrumente oder auch Präsentationstechnik. In der so genannten „Führungswerkstatt“ wird das Gelernte noch einmal vertieft. Zusätzlich nahmen mehr als 400 Führungskräfte am Programm „Ein Tag beim Kunden“ teil, um die Tätigkeit des Zustellers bzw. Filialleiters besser verstehen zu lernen.

2.5.6 Gesundheit und Arbeitssicherheit

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie betriebliche Gesundheitsförderung sind wichtige Elemente der Unternehmenspolitik der Österreichischen Post AG. Motivierte und leistungsfähige Mitarbeiter bilden die Basis eines auf menschlicher Arbeitskraft basierenden Logistikkonzeptes. Die Österreichische Post AG legt daher auf die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitarbeiter besonderes Augenmerk. Trainings zum Thema sicheres und gesundes Verhalten am Arbeitsplatz, Tabak- und Alkoholprävention, die Gestaltung einer gesundheitsfördernden und ergonomischen Arbeitsumgebung sowie behinderten- und altersgerechte Arbeitsplätze zählen zu den Schwerpunkten des vielschichtigen, unternehmenseigenen Gesundheitsprogramms. Schwerpunkte im Jahr 2013 waren beispielsweise der Start des neuen Gesundheitsprogramms „Gesundes Herz“ zur Vorbeugung von Herz-Kreislauferkrankungen sowie „Rückenschule“ mit Wirbelsäulenscreenings und Haltungsanalysen.

2.5.7 Umwelt

Die Österreichische Post AG ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2013 hat die Österreichische Post AG im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂-neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Gebäude und Fuhrpark und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen verwirklicht. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post AG auf alternative Energieformen. So wurde der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasste Anfang 2014 bereits über 650 Fahrzeuge. Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post AG seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und hat 2013 die größte Aufdach-Photovoltaikanlage Österreichs auf dem Briefzentrum Wien errichtet. Drittens werden alle Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA bestätigt.

2.5.8 Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die



Österreichische Post AG hat im Geschäftsjahr 2013 eine Vielzahl solcher Lösungen einerseits im Bereich ihrer Online-Services und andererseits im Bereich ihrer Servicedienstleistungen umgesetzt.

Im Rahmen der Brief- und Paketdienstleistungen entwickelte die Österreichische Post AG ihre Lösungen vor allem in den Bereichen elektronische Post, Online-Paketmarke und Online-Shop weiter. Die Online-Services der Post zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Mail Solutions wird speziell an innovativen Systemlösungen zur Optimierung der Geschäfts- und Verwaltungsprozesse von Business-Kunden gearbeitet. Der Fokus liegt hierbei auf dualem Versand und Empfang (digital/physisch), effektivem Poststellen-Management, digitaler Dokumentenverarbeitung und integrierten Druckdienstleistungen sowie wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Im Bereich Logistikservices entwickelt die Österreichische Post AG zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen im Bereich Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online-Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikationsprozessen.

Neben den eigenen Entwicklungsaktivitäten hat sich die Österreichische Post AG im Jahr 2013 dazu entschlossen, Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit namhaften österreichischen Universitäten und Fachhochschulen einzugehen. Ziel ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und wissenschaftlich fundierte Forschung zu betreiben.

So hat die Österreichische Post AG zusammen mit der Karl Franzens Universität Graz ein Innovationszentrum mit einem zweijährigen Forschungsprojekt zum Thema „Last-Mile-Logistik und mobile Kommunikation“ gestartet. Mit dem Forschungsprojekt sollen in Zukunft sowohl der Zustellprozess optimiert als auch die Erstzustellquote weiter verbessert werden. Dafür werden ein weltweites Monitoring innovativer Lösungen für die Last-Mile-Logistik durchgeführt, tragfähige Geschäftsmodelle rund um neuartige technologische Lösungen ausgearbeitet und deren Kundenakzeptanz analysiert.

Eine weitere Forschungs Kooperation wurde gemeinsam mit der FH OÖ Forschungs- & Entwicklungs GmbH/Logistikum in Steyr mit dem Titel "Food4all@home" eingegangen. Gemeinsam mit Partnern soll erforscht werden, wie eine flächendeckende Hauszustellung von Gütern des täglichen Bedarfs funktionieren könnte. Abgesehen von der Machbarkeits-Prüfung ist es auch Ziel des Projektes, die Wirtschaftlichkeit sowie die zu erwartende Akzeptanz am Markt zu klären.

2.5.9 Zustellqualität

Die Österreichische Post AG hat es sich zum Ziel gesetzt, Anbieter hochqualitativer Dienstleistungen zu sein. In Österreich bestehen im Rahmen des Universaldienstes folgende strenge Auflagen für die Zustellgeschwindigkeit von Briefen und Paketen: Zustellung von 95% aller Briefe am nächsten Werktag bzw. von 90% aller Pakete innerhalb von zwei Werktagen. Mit einer Rate von 95,5% für die am ersten Werktag nach Einlieferung zugestellten Briefe erfüllte die Österreichische Post AG auch 2013 wieder die gesetzliche Vorgabe. Der etwas unter dem Vorjahresniveau liegende Wert ist vor allem auf das erste Quartal 2013 zurückzuführen (z.B. Kälte mit ungünstigen Witterungsverhältnissen), wobei die Performance im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich verbessert werden konnte.

Bei der Paketzustellung im Rahmen des Universaldienstes (primär Privatpakete) konnte mit 94,4% Beförderung innerhalb von zwei Werktagen das gesetzliche Ziel deutlich übertroffen werden. Auch bei den internationalen Sendungen (Inbound) bietet die Österreichische Post AG eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Zustellqualität.

Im Bereich der Erstzustellquote von bescheinigten Briefen und Paketen konnten die guten Werte des Vorjahres sowohl im Brief- als auch Paketbereich leicht übertroffen werden. Die Erstzustellquote ist ein für die Kundenzufriedenheit sehr wichtiger Faktor. So konnten im Jahr 2013 87,9% der Pakete beim ersten Versuch erfolgreich zugestellt werden, bei den bescheinigten Briefen lag der Wert bei 77,4%.



2.5.10 Kundenzufriedenheit

Im Berichtsjahr wurde die Kundenzufriedenheit quartalsweise erhoben. Partner in der Marktforschung ist hier das renommierte IFES Institut. Mittels repräsentativer Befragungen mit einer Sample-Größe von n = 1.000 pro Welle wird der „Customer Satisfaction Index“ (CSI) ermittelt, der sich aus Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zusammensetzt. Der durchschnittliche CSI im Jahr 2013 liegt mit einem Wert von 67 im guten Bereich und zwei Indexpunkte über dem Vorjahr. Über die vier Quartale gesehen schwankt der Index nur geringfügig zwischen 65 und 68. Im 4. Quartal 2013 wurde sogar der höchste bisher gemessene Wert erzielt, wobei besonders junge Menschen zu den zufriedensten Kunden zählen. Sehr gute Bewertungen erhalten die Post-Geschäftsstellen sowie die Zustellung. Speziell die Zufriedenheit mit der Zustellung hat sich im vierten Quartal des Jahres 2013 abermals erhöht und liegt im Briefbereich bei 76 Indexpunkten (+5 im Vergleich zum Vorjahr) und im Paketbereich bei 77 Indexpunkten (+4 im Vergleich zum Vorjahr).

Die Kundenzufriedenheitsmessung mittels CSI beurteilt Werte bis 50 Punkte als kritisch, Werte zwischen 51 und 60 Punkten als mäßig, ab 61 Punkten wird von einem guten Wert gesprochen. 71 Punkte und mehr sind sehr gut; ausgezeichnet bedeuten 81 Punkte bis zum Höchstwert von 100 Punkten.

2.5.11 Versorgungssicherheit

Neben der Verpflichtung, täglich Post-Dienstleistungen für jeden Haushalt in ganz Österreich in höchster Qualität und zu einem einheitlichen Preis zu liefern, umfassen die Verpflichtungen des Universaldienstes auch ein flächendeckendes Standortnetz mit mindestens 1.650 Geschäftsstellen. Auch hier übertrifft die Österreichische Post AG – im Sinne der optimalen Versorgung ihrer Kunden – die Vorgaben: Insgesamt 1.894 Standorte umfasst das Geschäftsstellennetz mit Ende 2013 und zählt damit zu den größten Privatkundennetzen des Landes. Die Österreichische Post AG ist also wortwörtlich immer in der Nähe ihrer Kunden.

Da das Postgeschäft an sich großen Veränderungen unterworfen ist, erfordern diese neuen Rahmenbedingungen auch kundenorientierte Anpassungen vonseiten der Post, um die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Post-Dienstleistungen auch langfristig gewährleisten zu können. Eine wesentliche Maßnahme stellt dabei der Umbau des Standortnetzes der Post dar, der auch im vergangenen Jahr konsequent vorangetrieben wurde. Zentrales Element dabei ist das sehr erfolgreiche Post Partner-Konzept. Insgesamt 1.359 Post Partner-Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen, Trafiken, Gemeindeämter und viele andere mehr – sorgen für eine optimale regionale Erreichbarkeit der Post.

2.6 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bedingt durch das anhaltend schwierige Marktumfeld und dessen negative Auswirkungen auf die MEILLERGHP, einem Gemeinschaftsunternehmen der Österreichischen Post (Anteil 65%) und der Schweizerischen Post (Anteil 35%) mit Sitz in Schwandorf, Deutschland, ist eine grundlegende Restrukturierung des Unternehmens unumgänglich. Nachdem von der Geschäftsführung in Abstimmung mit den Gesellschaftern unterschiedliche Restrukturierungsszenarien evaluiert worden sind, wurde am 7. Februar 2014 von der MEILLERGHP GmbH in Deutschland ein Antrag auf Einleitung eines Sanierungsinsolvenzverfahrens (so genanntes Schutzschirmverfahren) beim Amtsgericht Amberg gestellt. Mit diesem Schutzschirmverfahren und der konsequenten Fortführung der Restrukturierungsmaßnahmen soll es MEILLERGHP mittel- bis langfristig gelingen, in einem hart umkämpften Markt profitabel zu agieren.



3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens / Ausblick

Stabiler Umsatz angepeilt

Aufgrund der vorliegenden Wirtschaftsdaten ist für die Kernregion der Österreichischen Post AG mit einer leicht positiven Wirtschaftsentwicklung 2014 zu rechnen. Sowohl für Österreich, Deutschland aber auch die meisten Länder Südost-/Osteuropas liegen verbesserte Konjunkturdaten vor. Dies sollte das Risiko einer unsicheren Planung für die Brief- und Paketmärkte reduzieren, gleichzeitig werden die Basistrends der Geschäfte aber anhalten.

Der Briefumsatz wird auch weiterhin von einem kontinuierlichen Mengenrückgang bei adressierten Sendungen aufgrund der elektronischen Substitution geprägt sein. In Österreich sind im Jahr 2014 Auswirkungen aus neuen Regelungen zur verpflichtenden elektronischen Zustellung von behördlichen Geschäftsbriefen zu erwarten. Im Einklang mit internationalen Trends ist daher mit Rückgängen in der Größenordnung von 3–5% zu rechnen. Ein Prozentpunkt mehr oder weniger an elektronischer Substitution bedeutet für die Österreichische Post AG eine Umsatzabweichung von ca. 7 Mio EUR. Der Markt für adressierte und unadressierte Werbesendungen wird weiterhin eine volatilere Volumensentwicklung zeigen. In einigen Kundensegmenten wie etwa im Versandhandel können reduzierte Sendungsgewichte auch weiterhin eine Umsatzbelastung darstellen. Zudem besteht das Risiko des Wegfalls von Umsätzen einzelner Kunden durch die Marktkonzentration im Bereich Handel.

Die Entwicklung im Bereich Paket & Logistik wird ebenfalls von zwei Trends dominiert. Im Privatkundenbereich ist auch weiterhin von Wachstum – je nach Region – von 3–6% auszugehen. Der stetig wachsende Online-Handel ist die Triebfeder dieses Anstieges. Im Business-Paketbereich ist eine positive Entwicklung von einer stabilen Konjunktur und Wettbewerbssituation abhängig. Vor allem im internationalen Paketgeschäft gilt es die gute strategische Marktpositionierung zu nutzen und daraus resultierende Umsatzpotenziale zu verwirklichen.

Nach dem leichten Umsatzanstieg der letzten Jahre peilt die Österreichische Post AG für 2014 eine weiterhin stabile Umsatzentwicklung an, bei der ein Rückgang im Briefgeschäft durch steigenden Paketumsatz kompensiert werden kann.

Effizienzsteigerung zur Sicherung der Ergebnislage

Ein zentraler Fokus einer Postgesellschaft muss immer die Effizienz einer erbrachten Leistung sein. Die Österreichische Post AG hat daher auch für 2014 ein Maßnahmenprogramm definiert, das „Operational Excellence“ zum Ziel hat. Sowohl in der Brief- wie auch in der Paketlogistik werden Strukturen und Prozesse stetig verbessert. Auf Basis neuer Automations- und Sortierungstechnologien können Kosteneinsparungspotenziale konsequent realisiert werden.

Cashflow für Zukunftsinvestitionen und Dividenden

Der erwirtschaftete operative Cashflow wird auch in Zukunft umsichtig und zielgerichtet für nachhaltige Effizienzsteigerungen, Strukturmaßnahmen und Zukunftsinvestitionen eingesetzt. Ein Investitionsschwerpunkt für 2013 und 2014 ist das neue Verteilzentrum in Oberösterreich, wodurch die Anlageninvestitionen auch 2014 wieder in der Größenordnung von etwa 100 Mio EUR liegen werden. Die weiteren Investitionen dienen vor allem der Modernisierung, dem Ersatz bestehender Anlagen und Fahrzeuge sowie der Kapazitätserweiterung im Paketgeschäft.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird der Vorstand der Österreichischen Post AG der nächsten Hauptversammlung am 24. April 2014 die Ausschüttung einer Dividende von 1,90 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive Dividendenpolitik einmal mehr fort: Die Österreichische Post AG möchte zumindest 75% des Nettoergebnisses an die Aktionäre ausschütten.



4. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

4.1 Risikomanagement

Die Österreichische Post AG betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten sowie Konzerngesellschaften einbezogen sind. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern, dass die Abweichung von den Unternehmenszielen möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Vorstand definiert die Risikostrategie und –politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Riskomanagementsystems fest.

Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses sind:

1. Identifizierung und Bewertung: Risiken sind definiert als potentielle Abweichung vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Quartalsweise analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche ihre Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, die Steuerung und die Überwachung durchführt. Bei der Bewertung werden die Risiken soweit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form eines proaktiven Risiko-Assessments hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in der IT-Anwendung des Risikomanagementsystems dokumentiert.

2. Aggregation und Reporting: Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden in der Aggregation berücksichtigt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risiko-Gremium analysiert und plausibilisiert. Das Risiko-Gremium setzt sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung, des Rechnungswesens, sowie aus operativen Vertretern zusammen. Die Ergebnisse des Risiko-Gremiums fließen in den quartalsweisen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. Maßnahmengestaltung: Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel die Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der quartalsweisen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst.

4. Überwachung und Kontrolle: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer beurteilt. Des Weiteren wurde im Jahr 2013 die Konzeption und Implementierung des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert.

4.2 Top Risiken

4.2.1 E-Substitution

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wurde durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre beschleunigt und wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumentrüben und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von ca. 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig größtenteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird.



Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen, etwa im Bereich Werbepost, im B2B-Geschäft und vor allem entlang der Wertschöpfungskette, entgegengewirkt. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

4.2.2 Beteiligungen

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken dieser Projekte sind in hohem Maß vom Investitionsvolumen bzw. von den Akquisitionspreisen sowie politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig. Darüber hinaus können Marktpreisrisiken, wie fluktuierende Fremdwährungskurse, eine Auswirkung auf die Werthaltigkeit von Beteiligungen haben. Die Rentabilität der Beteiligungen bzw. etwaige erforderliche Abschreibungen können das Ergebnis der Österreichischen Post AG beeinflussen.

4.2.3 Struktur der Dienstverhältnisse

Ein Großteil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen zu keiner Kapazitätsanpassung im Falle von Mengenverlusten kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell niedrigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt insgesamt zu einer geringen Kostenflexibilität. Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihm zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine besondere Rolle ein.

Aus Änderungen des Poststrukturgesetzes 1996 und den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen der Konzern keinen Einfluss hat.

4.3 Allgemeine und sonstige Risiken

Die Österreichische Post AG unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

4.3.1 Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung seiner Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um sein Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlusten von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen. Zur Bewältigung dieser technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen, Prozesse und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen. Im Rechenzentrumsbetrieb verfolgt die Österreichische Post AG eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller outgesourceten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.



4.3.2 Regulatorische und rechtliche Risiken

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zeitraum nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz neu geregelt, welches mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG.

Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Das Postmarktgesetz sieht vor, dass die Österreichische Post AG – als einziger Postdienstanbieter in Österreich – zur umfassenden Erbringung des Universaldienstes verpflichtet ist. Der Ersatz der Universaldienst-Nettokosten wird über einen Ausgleichsfonds abgewickelt, dessen Kosten grundsätzlich zwischen der Österreichischen Post AG und den anderen konzessionierten Postdienst Anbietern nach Marktanteilen aufgeteilt werden. In diesen Ausgleichsfonds müssen jedoch nur jene konzessionierten Postdienstanbieter einzahlen, deren Jahresumsätze aus der konzessionierten Tätigkeit 1,0 Mio EUR übersteigen. Zudem werden der Gesellschaft Universaldienst-Nettokosten nur insoweit ersetzt, als diese 2% der jährlichen Gesamtkosten der Gesellschaft übersteigen. Davon ausgehend, dass die Gesellschaft auch nach der Marktöffnung einen beträchtlichen Marktanteil innehaben wird, muss die Österreichische Post AG den überwiegenden Teil bzw. nach den bisherigen Erfahrungen sämtlicher der Universaldienst-Nettokosten und die Administration des Ausgleichsfonds selbst finanzieren.

Sofern es mittelfristig zu keiner Gleichbehandlung im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse und gesetzliche Leistungsanforderungen zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern und zu einer adäquaten Abgeltung der Kosten des Universaldienstes kommt, ist eine signifikante Ergebnisbelastung für die Österreichische Post AG nicht auszuschließen.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post AG mit anderen Marktteilnehmern im Dialog mit allen Stakeholdern großen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes zwischen der Regulierungsbehörde und dem Unternehmen können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Über das regulatorische Umfeld im Postmarkt hinaus muss die Österreichische Post AG im Rahmen ihres ordentlichen Geschäftsbetriebs eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen beachten. So sind die vertraglichen und faktischen Gestaltungsspielräume des Unternehmens etwa durch vergabe- und wettbewerbsrechtliche Regelungen eingeschränkt. Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der



Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in ihren Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um seinen Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG, vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt es zwischen Bund und Österreichischer Post AG betreffend die Berechnung der vom Unternehmen laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, sodass es seitens des Bundes zu Nachforderungen gegenüber der Post – die über die bestehende Vorsorge hinausgehen – und erhöhten, zukünftigen Personalaufwendungen kommen könnte. Ebenso können weitere Risiken aus unterschiedlichen Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

4.3.3 Finanzielle Risiken

Finanzielle Risiken der Österreichischen Post AG umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-/Kontrahenten- und Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, sowie organisatorische Risiken. Das Währungsrisiko kann ebenfalls das Ergebnis beeinflussen. Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken findet sich im Anhang zum Jahresabschluss der Österreichischen Post AG.

4.3.4 Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet ihren Umsatz fast ausschließlich in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil des Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.

Der Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmenden Wettbewerb gekennzeichnet. Das B2C-Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Kunden und zum anderen von allfälligen Wettbewerbsverschärfungen durch das Auftreten weiterer alternativer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

4.4 Gesamtaussage zur Risikosituation

Die voran beschriebenen Risiken des Unternehmens werden stetig beobachtet und bei Bedarf adaptiert. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens dadurch jedoch nicht gefährdet.



4.5 Wesentliche Chancen

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel hierbei ist es, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmensetzung das entsprechende Potential zu verwirklichen. Die Identifikation, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess.

Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner (bottom-up) und andererseits durch gezielte Marktrecherche durch den Bereich Strategie (top-down). Die Österreichische Post AG führt daher eine kontinuierliche Chancenevaluierung durch, um alle Potentiale wahrnehmen zu können. Im Jahr 2013 wurde zur Chancenerkennung ein neues strategisches Projekt „Post2016“ gestartet. Dieses beinhaltet mehrere Teilprojekte, mit dem Ziel Potentiale im Detail zu eruieren. Diese Projekte sollen nochmals wichtige Chancen für die Österreichische Post AG, unter Beachtung der vier strategischen Eckpfeiler, aufzeigen.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft** - wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost und Filialen gemäß den Anforderungen unserer Kunden als Chance betrachtet. Anhand neuer attraktiverer Zustellmodelle im Paketbereich, die sich in Richtung „same day delivery“ entwickeln können, werden Potentiale geprüft.

Im zweiten strategischen Feld – **Wachstum in definierten Märkten** – ergeben sich Chancen in den internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkte in Zentral- und Osteuropa sowie der Türkei. In Deutschland bieten sich besondere Chancen bei einer konsequenten Umsetzung der EU-Richtlinie GDP „Good Distribution Practice“.

In der dritten Stoßrichtung – **Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur** - können durch Projekte wie „Operating Excellence“ und weitere Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und als Chance erkannt werden.

Im vierten strategischen Eckpfeiler – **Kundenorientierung und Innovation** - ergeben sich beispielsweise Potentiale im Ausbau des Online-Angebots, in neuen Geschäftsmodellen im E-Commerce oder im Bereich Service wie die Entwicklung neuer Selbstbedienungslösungen



5. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

5.1 Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Finanz- und Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie dezentraler Datenerfassungsstellen zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden am Sitz der Gesellschaft elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in der zentralen Scanstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Der Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung liegt ein strikter Terminplan zugrunde. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Im Zuge der Bilanzierung melden die Verantwortlichen der Organisationseinheiten monatlich bilanzierungsrelevante Sachverhalte, für die im Unternehmen noch keine Belege vorliegen. Zusätzlich werden, um eine Vollständigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, in Durchsprachen mit den Divisionsleitern, den Leitern der Abteilungen Informationstechnologie, Konzernimmobilien und Konzerneinkauf, die wesentlichen bilanziellen Themen und Sachverhalte erörtert.

5.2 Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

5.3 Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die



Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

5.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse wesentlichen Führungsebenen der Österreichischen Post AG zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenanalyse und deren Auswertung. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein interner Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der einzelnen Konzernunternehmen enthält. Dieser Bericht wird ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor-Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

5.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements bildet die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Die divisional angelegte Organisationsstruktur gliedert sich in zwei operativ tätige Divisionen sowie in unterstützende und beratende Zentral- und Serviceeinheiten.

Für den gesamten Österreichischen Post Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochtergesellschaften sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind konzernweite Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controllingprozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien betreffen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen.

Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das IKS basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.



6. Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) 52,8% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Derzeit besteht weder ein genehmigtes noch ein bedingtes Kapital.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden. Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Wien, am 28. Februar 2014

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pözl
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik